

Interpellation „Zur Lage der Museen in Bayern“

(Drs. 16/4132, Initiative von Sepp Dürr, Die Grünen im Bayerischen Landtag) –
Debatte im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur
im Bayerischen Landtag, 07. Juli 2010

ZUSAMMENFASSUNG

Nicht autorisiertes Protokoll – zur internen Verwendung

Patrizia Heidegger, 14. Juli 2010

I. Eingangsstatement von Sepp Dürr

Museen sind unverzichtbare Referenzpunkte unseres kulturellen Lebens. Sie haben für die Gemeinschaft, die sie unterhält, identitätsstiftende Funktion. Sie zeigen, in welche Traditionen der Weltsicht wir uns stellen (und in welche nicht) und eröffnen oder schließen damit kulturelle und politische Handlungsräume. Das gilt für einzelne Museen wie für die bayerische Museumslandschaft. Nicht nur sogenannte „National-“ oder „Heimatismuseen“, auch naturwissenschaftliche Sammlungen geben Muster vor, wie wir uns der Welt gegenüber verhalten können oder sogar: sollen. Die Bestandsaufnahme zur „Lage der Museen in Bayern“ ist deshalb nicht nur als fachpolitische, sondern als breite kulturpolitische Debatte überfällig.

Die bayerische Kulturlandschaft ist derzeit in einer Umbruchphase. Das zeigt sich am auffälligsten in München, in einer seltsamen Häufung von Personalfragen. Wechsel bei Intendanten, Museumsleitern, Dirigenten sind immer auch eine Chance zum Neuanfang. Aber leider fehlt uns das Zutrauen, dass der Minister weiß, was er tut, und auch Herr des Verfahrens ist. Wir können kein Konzept erkennen, weder was die Aufgabe der einzelnen Einrichtungen angeht noch wie sich diese in ein Gesamtbild einfügen sollen.

Genau dieses Defizit offenbart auch die Interpellation. Die Staatsregierung verweigert jede Reflexion und Rechenschaft über ihre kulturpolitischen Motive, Mittel und Ziele. Auf die Frage nach dem kulturellen Auftrag (S. 57) kann sie keine Ziele, sondern nur Mittel nennen, und keine Leitbilder, nur Sammlungsobjekte. Zum „Bayernbild“ bleibt sie jede Antwort schuldig. Die Einrichtungen bekommen Geld, weil sie es „immer“ bekommen haben, um zu tun, was sie „immer“ getan haben (S. 57). Die Regierung nennt nur formelle Förderkriterien (57 f.), keine inhaltlichen oder funktionellen. Wie in den „Leitlinien bayerischer Kulturpolitik“ zeigt die Staatsregierung ein erzkonservatives Kulturverständnis: Der Staat ist sich selbst genug. Das Bewahren des repräsentativen Erbes ist Selbstzweck. Zum Selbstzweck wird auch der Erhalt der staatlichen Institutionen. Es tauchen keine Fragen auf, wie sie legitimiert und fortentwickelt werden müssen, um ihren Aufgaben heute gerecht werden zu können. Die Staatsregierung will den Institutionen das Publikum si-

chern, nicht umgekehrt. Und sie zeigt zu wenig Verantwortung für die gesamte Museumslandschaft, also auch für die nichtstaatlichen Museen.

Ich sehe, wenn ich die bayerische Kulturpolitik und unsere Museumslandschaft betrachte, drei Hauptaufgaben: Finanzierung, Regionalisierung, Demokratisierung.

Zunächst zur Finanzierung: Die staatlichen Museen und Sammlungen leiden immer noch unter den massiven Einschnitten des Stoiberschen Kürzungshaushalts von 2004. Der Staat gibt inflationsbereinigt über die Jahre weniger aus, obwohl es mehr Museen gibt. Im Doppelhaushalt 2009/10 gab es zwar eine leichte Erhöhung, aber die kann die schweren Einschnitte von 2004 nicht ausgleichen. Besonders empfindlich macht sich das bemerkbar bei Ausstellungs- und Neuerwerbungsmöglichkeiten, Museumspädagogik, Bestandssicherung und Lagerung – also den Kernaufgaben der Museen.

Als Beispiel nur die Bestandssicherung: Da gibt es einen erschreckenden Investitionsbedarf. Eingeräumt wird ein „erheblicher Bedarf an Depotflächen“, 42 % wurden als „sehr schlecht“ bzw. „mangelhaft“, 90 % als „voll bzw. überfüllt“ eingestuft, so dass es massive Schäden am Sammlungsgut gibt. Trotzdem will der Minister nur „abwarten“ (S. 63) und belässt es bei „Vorüberlegungen“ (S. 81) zum Bau eines gemeinsamen Depots. Ebenfalls erheblicher Investitionsbedarf besteht beim Deutschen Museum (S. 44), beim Germanischen Nationalmuseum (S. 45), der Schlösserverwaltung (Linderhof) und dem Haus der Kunst.

Ernüchternd ist auch die Bilanz der digitalen Bestandsaufnahme (S. 65). Im Museum Ägyptische Kunst sind 50 % (4.000 Objekte) nicht inventarisiert, im Armeemuseum 90 %. Im Bayerischen Nationalmuseum ist der Grafikbestand nicht inventarisiert, die Fotos zur Hälfte. In der Archäologischen Staatssammlung wurde noch nicht begonnen, in der Graphischen Sammlung, der Antikensammlung und im Völkerkundemuseum steht die Inventarisierung erst am Anfang. Auch hier stehen Investitionen in mehrstelliger Millionenhöhe an. Angesichts des akuten Bedarfs von vielen Hundert Millionen sollte sich jede Diskussion um einen Museumsneubau erübrigen.

Ein weiterer Punkt, der die Arbeit der Museen erschwert, ist das Fehlen von Staatsgarantien für Ausstellungsleihgaben. Die Versicherungsprämien schränken den Handlungsspielraum der staatlichen wie nichtstaatlichen Museen enorm ein. So müssen z.B. die drei Pinakotheken jährlich 190 000 Euro Versicherungsprämie abführen (das ist mehr als ihr Ausstellungsetat). Und die Staatsregierung gibt selber zu, dass der Versicherungsrahmen nicht für Sonderausstellungen reicht (S. 40). Umgekehrt sehen nichtstaatliche Museen in der Regelung eine Maßnahme, mit der „die staatlichen Museen Ausleihwünsche der regionalen Museen über die Höhe der Versicherungsprämie abwehren“. Dazu kommt, dass die verleihenden staatlichen Museen „bei schadensfreiem Verlauf“ 15 % der Prämiensumme rückerstattet bekommen – der Prämien, die die nichtstaatlichen Leihnehmer gezahlt haben. Der

Freistaat nutzt also das Monopol von FidesSecur, um ein kleines Nebengeschäft herauszuschlagen. Das ist eine Art modernes Raubrittertum, aber keine Kulturförderpolitik.

Noch rigoroser zielt das Finanzministerium darauf, „den Einsatz der eigenen staatlichen Haushaltsmittel möglichst wirtschaftlich zu gestalten“. Aber das ist, anders als das Ministerium meint, kein politisches Ziel, sondern nur ein Kriterium für den Mitteleinsatz. Das Finanzministerium hat keine originären kulturpolitischen Ziele. Deshalb gehören die Schlösser des Freistaats ins Kulturministerium. In diesen 45 verstreuten Liegenschaften besitzt der Staat bereits die dringend benötigten Außenposten außerhalb der Landeshauptstadt, mit denen er der München-Zentriertheit der Zentralstaatsherrlichkeit etwas entgegensetzen kann. Der Staat soll sich nicht länger als Schlossherr aufspielen, sondern seine Liegenschaften zu regionalen Kulturzentren ausbauen.

Die nicht-staatlichen Museen sind in ihrer derzeit schwierigen Lage dringend auf mehr staatliche Kooperation und Hilfe angewiesen. Auf sie kommt zudem eine enorme Kostenwalze bei der Erfassung und Digitalisierung ihrer Bestände zu (S. 48). Und Museen von überregionaler Bedeutung mit großen Werken brauchen heutzutage staatliche Hilfe, und zwar finanziell wie fachlich. Die Landesstelle erfährt von den nichtstaatlichen Museen in Bayern durchgehend große Anerkennung. Das zeigt unsere Umfrage vom Februar 2009. Sie ist für die kleineren Museen extrem wichtig, gerade was Qualifikation und fachliche Unterstützung angeht. Zurzeit sind ja viele nichtstaatliche Träger in einer sehr schwierigen Finanzlage. Es wäre trotzdem falsch, wenn Bayern versuchen würde, diese finanzielle Lücke direkt zu füllen. Der Staat muss stattdessen die Kommunen finanziell besser ausstatten, damit sie in eigener Verantwortung Kulturpolitik machen können. Und zum anderen muss er den Service und die Kooperation verbessern. Das betrifft die Verbesserung der Ausleihmöglichkeiten, vor allem aber die bessere Ausstattung der Landesstelle. Hier wurde seit 2003 eine geradezu absurde Haushaltspolitik betrieben (S. 47). Die Landesstelle verfügt über viel zu wenig Personal (S. 48). Die staatlichen Fördermittel sind trotz steigendem Bedarf seit 2003 dramatisch gekürzt worden. Bezogen auf 2003 betragen sie 2006 noch ein Drittel, 2008 immer noch nur 58 %. Nimmt man die sinkenden Zuschüsse aus dem Kulturfonds hinzu, dann ergibt sich 2008 im Vergleich zu 2003 ein Minus von 2,75 Mio. €. Das ist fast die Hälfte weniger Mittel für nichtstaatliche Museen.

Eine Besonderheit des Freistaats ist die Vielfalt bayerischer Kulturen. Aber der regionale Reichtum verfällt ohne staatliche Verantwortung. Und was sich in der bayerischen Kulturpolitik überhaupt noch nicht niederschlägt, ist die demokratische Pluralität der Perspektiven. Da ist zum einen die jahrhundertelange Geschichte der Einwanderung, die weitgehend ausgeblendet wird, und zum anderen die soziale Homogenität des Publikums, also das sprichwörtliche Bildungsbürgertum. Hier muss die bayerische Museumslandschaft endlich ihren Horizont erweitern. Zur demokratischen Perspektivenvielfalt gehört auch, dass alle Museen auf ihre je eige-

ne Weise Zeugnis ablegen davon, wie „wir“ uns und die Welt sehen und gleichzeitig von den verschiedenen Perspektiven, die Welt zu deuten. Es gibt kein staatliches Deutungsmonopol: „So ist es“. Auch deshalb brauchen wir kein zentrales Seehofer-„Super-Museum“. Wir brauchen nicht jedes Jahr neue Museen, sondern eine beständige Finanzierung und ein Konzept, um die bestehenden besser für alle Teile der Bevölkerung zu erschließen.

Museen sind Bildungseinrichtungen und Kulturzentren. Diesem Auftrag können die bayerischen Museen nur unzureichend gerecht werden. Das Angebot an Kunstvermittlung in unseren Museen ist umfangreich, aber es gilt meist nur einem zu kleinen Teil unserer Bevölkerung. Zudem kommen fast alle Bemühungen zur Museumspädagogik, auch mangels Mittel, über das Projektstadium nicht hinaus (S. 19, 50/51). Auch der Umfang, in dem Lehrkräfte abgeordnet werden, ist der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein (S. 20).

Was Demokratisierung heißt, kann man in England sehen, aber auch bei vielen Einzelprojekten in unserem Land. Feudale Prestigeobjekte wie ein Seehofer-Gedächtnis-Museum und die immer noch vorherrschende sakrale Aura heiliger Hallen sind unseren demokratischen Zeiten nicht mehr gemäß. Es ist höchste Zeit, unsere Museen für das ganze Volk zu öffnen.

II. Diskussion im Ausschuss

CSU:

- Museenlandschaft in Bayern in Breite und Spitze gut aufgestellt
- Platz 1 bei den Besucherzahlen im deutschlandweiten Vergleich, hochattraktiv für Besucher
- Museumslandschaft als wichtiger Standortfaktor, Leuchttürme in München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg
- Neue staatliche Museen wie Museum Brandhorst und Textilmuseum Augsburg haben sich etabliert.
- Museum der Bay. Geschichte: wäre attraktiv und sinnvoll.
- Nach Zeit des Sparens wird es wieder mehr Geld geben.
- Strategie der staatlichen Museum, etwa Pinakothek der Moderne, gut, viele Besucher
- Bürgerliches Engagement spielt wichtige Rolle.
- durch Sponsoring kein Einfluss der Wirtschaft auf Kultur
- Solidarität von Bevölkerung und Wirtschaft mit den Museen
- 1200 nicht-staatliche Museen in Bayern, keine Münchenzentriertheit
- große Themenvielfalt, Facettenreichtum
- Es gib kein staatliches Deutungsmonopol!
- Museumspädagogik: gute Vernetzung, gut aufgestellt

- Nürnberg bringt sich als Stadt mehr ein als München, von der Stadt München müssen wir mehr fordern
- Leistungskriterien wären schlecht für kleine Museen
- Deutsches Museum: Sanierungsbedarf ist bekannt, hälftig von Bund und Land, Rolle der Landeshauptstadt klären
- Etat für Neuerwerbungen erhalten und entwickeln
- Sonderausstellungen sind wichtig, um Leute ins Museum zu bekommen.
- Neue Besuchergruppen zu erschließen wäre natürlich schön
- Bay. Museumslandschaft ist stark.

SPD:

- Dank an Sepp Dürr für die Interpellation, Dank auch an das Ministerium um die Landesstelle für nicht-staatliche Museen für die Beantwortung.
- Frage der Interkulturalität taucht nicht auf
- Wofür sind Museen da? Ideenspeicher, Erinnerungsspeicher
- Wahnsinn, dass es in Bayern über 1200 Museen gibt.
- Diversität zwischen kleinem Museum und Riesentanker.
- Finanzielle Sicherung der Kultur als sozialdemokratische Aufgabe
- Freistaat muss Finanzierung der Kulturaufgabe der Kommunen sichern, damit Kultur nicht als erstes weggespart wird.
- Alle Menschen sollen in die Museen, aber nicht alle können sich Museen leisten.
- In England sind staatliche Museen bis auf Sonderausstellungen immer kostenlos.
- Kultur muss barrierefrei werden: Zugang für Behinderte, UN-Behindertenrechtskonvention muss ganz erfüllt werden.
- Museumspädagogik: sehr gute Aus- und Weiterbildung notwendig, Personal dünn, nachhaltig gute Qualifizierung notwendig, Interkulturalität muss hier mehr beachtet werden.
- Museen der Zukunft: Unterstützung mit Augenmaß, Integrationsmodelle belohnen als Förderkriterium.
- Brauchen Idee vom Minister: Wo geht es hin? Neugründungen? Finanzierung der Museen?

Freie Wähler:

- Interpellation ist kein Bericht aus der Politik, sondern ein Bericht der Verwaltung.
- Frage: Wo soll es hingehen?
- Großartige Vielfalt unumstritten
- Antwort ist eher ein Kompendium, was fehlt: Was will der Minister? Wie ist die Perspektive für Kultur & Museen? Welches Bild von Bayern will er vermitteln?

- Unabhängigkeit der Kultur: als Politiker nicht dahinter verstecken, als Politiker Ideen vermitteln.
- Zielvereinbarungen wie für Hochschulen wären möglich, Evaluierung
- Fragen: Gesamtschaden durch mangelnde Lagerung? Wie steht die Regierung zu PPPs? Wie steht es um das Erbrecht bezüglich dem Erhalt von Sammlungen? Warum sind die Einnahmen rückläufig?

FDP:

- Museen als Standortfaktor für Touristen und Arbeitnehmer
- Nicht nur konservativer Zweck des Bewahrens
- Museen sind gut vernetzt mit der Forschung
- Vermittlung: es gibt gute und moderne Programme
- Bild von Bayern: geschichtliche und kulturelle Vielfalt, Landesausstellung sehr vielfältig, Besucherrekorde der Landesausstellungen, Leute werden angesprochen.
- In Bayern: traditionelle und moderne Museen, Diversität, keine Zentralstaatsherrlichkeit
- Zunehmende Anzahl der Mäzene, hohes Engagement
- Statt 1 Euro Eintritt am Sonntag könnte man es auch wieder ganz umsonst machen, aber den einen Euro müssten eigentlich alle aufbringen können.
- Barrierefreiheit in sehr hohem Maße erreicht, Ausnahmen z.B. Alte Pinakothek wg. Denkmalschutz
- Kultur hat großen Stellenwert in der Koalition, finanzielle Bedingungen haben hohen Stellenwert, bestmögliche Rahmenbedingungen

Kulturministerium:

- Dank an Sepp Dürr für den Fragenkatalog, der sich an dem Bericht zur Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags orientiert und wissenschaftliche fundiert ist.
- Haben gutes Gefühl mit den bayerischen Museen.
- Stehen vor NRW oder BaWü.
- Stabil über 20 Millionen Besucher in den Museen in Bayern.
- Allein im Museum Brandhorst 350000, auch das Textilmuseum in Augsburg wird gut besucht, Spitzenstellung Bayerns bei den Besucherzahlen.
- Rückgang der Einnahmen ist saisonabhängig.
- Schäden bei Depotverwahrung: keine akuten Probleme, aber teure Anmietung
- PPP sind ein wichtiges Instrument, z.B. Stiftung Pinakothek der Moderne: hat Bau der Pinakothek erst ermöglicht
- Bau der Staatlichen Graphischen Sammlung kommt.
- Sanierung und Eröffnung Türkentor: Stiftung zahlt große Teile der Kosten
- Museumsinitiative Nürnberg: am Bau des Neuen Museums beteiligt

- Schörghuber Stiftung spielt wichtige Rolle beim Haus der Kunst, Förderzusage bis 2014
- Kulturfördergesetz hat steuerrechtliche Verrechnung beim Erwerb von Sammlungen schon besser geregelt
- Staatsgarantie ist berechtigt genannt worden, man hätte gerne eine Staatsgarantie, dann müsste aber im Haushalt eine Sicherheit eingestellt werden, Freistaat fährt besser so,
- Museumspädagogik: Bayern als Modell, MPZ: feste Institution mit eigenem Gebäude, eigener Personalbestand,
- Stabilisierung der Museumslandschaft: keine Neugründungen außer Ausnahmen
- Vollendung der Pinakothek der Moderne, Arbeitsgemeinschaft von Staat und Stadt dazu geschaffen,

Sepp Dürr/Grüne:

- Kritik an der Staatsregierung, keine Kritik an Bayern, wir haben einen ungeheuren Museumsreichtum, dieser muss erhalten werden! Das erfordert auch Kritik
- Realismus: tatsächliche Haushaltslage ist dramatisch, verlieren den finanziellen Spielraum, müssen vorzeitig überlegen: was können und was müssen wir tun?
- Investitionsbedarf bei den Archiven: realistische Planung erforderlich
- Kritik am Minister, nicht Kritik an der Verwaltung, Minister drückt sich weg, Fragen: Was will der Minister? Welche Personalpolitik macht er?
- Museum Mensch&Natur: Minister hat gleich wieder etwas versprochen trotz Haushaltslage
- Zugang: vieles ist gut, aber wir können nicht so weiter machen wie bisher
- Manche Häuser sind noch so aufgestellt wie zu König Ludwigs Zeiten.
- Viele tolle Einzelprojekte, Kritik kommt aber aus der Gesamtschau
- Viele neue Museen entstehen, andere werden aber auch geschlossen, neues Museum ist schnell eröffnet, leichtfertiger Umgang mit Anschubfinanzierung, dann stehen die Kommunen mit den Unterhaltskosten da, Beispiel: Glasmuseum
- Unbeantwortet bleibt: Was sind die Ziele und was die Mittel?

CSU:

- Museumslandschaft ist exzellent.
- Beispiele Schweinfurt, Nürnberg: auch Sympathie des Ministeriums für Nordbayern
- Norden: Stadt tut mehr für Museen (Beispiel Germanisches Nationalmuseum), München: Stadt müsste entlasten
- Haushaltslage ist dramatisch: wie kann SPD freien Eintritt verlangen? SPD soll sich um freien Eintritt in städtischen Museen in München kümmern.

- 1 Euro Eintritt am Sonntag und Nacht der Museen: positiv, Schwelle ist gering,
- Bereich Technik: hier fehlt es in Bayern in der Museumslandschaft

FW:

- Den staatlichen Museen fehlt Person und Geld für mehr Öffentlichkeitsarbeit
- Kultur rechnet sich nicht, aber zahlt sich aus!
- Bestehende Museen erhalten: was müssen wir tun, was nicht?
- Streitpunkt: Museum der Bayerischen Geschichte: lieber dezentrale Landesausstellungen anstatt zentrales Museum.
- Mehr Unterstützung für nichtstaatliche Museen in den Regionen

SPD:

- die staatlichen, nicht die städtischen, Einrichtungen sollten ein oder zwei kostenfreie Tage haben.

CSU:

- LH München profitiert von kulturellen Leuchttürmen, sollte sich mehr einbringen.
- Auch im Bereich der Erinnerungskultur tut sich viel: NS-Dokumentationszentrum, KZ-Gedenkstätten.

Ministerium:

- LH München zahlt nur symbolischen Beitrag für das Deutsche Museum obwohl es Publikumsmagnet ist, anders Nürnberg beim Germanischen Nationalmuseum.